



Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

- Die Landtagskandidaten -

FDP-Landesverband M-V, Goethestr. 87, 19053 Schwerin

DPG

Deutsch-Polnische Gesellschaft Vorpommern e.V.

per Email: info@dpg-vorpommern.de

Schwerin, d. 06. Juli 2016

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern

hier: Ihre Email vom 16. Juni 2016

Sehr geehrte Frau Gatzke,

vielen Dank für Ihre Email mit den Wahlprüfsteinen der DPG. Sehr gerne werden wir im Folgenden auf Ihre Fragen eingehen und unsere liberalen Positionen darstellen:

Nachbarsprache und Bildung

1. In MV wird Polnisch in der Grundschule und Orientierungsstufe nur in AGs in Konkurrenz zu anderen außerunterrichtlichen Angeboten vorgehalten und unterliegt aufgrund mangelnder Verbindlichkeit und Stellenwerts einer hohen Fluktuation. Setzen Sie sich für die Einführung des Unterrichtsfaches „Polnisch als Fremdsprache“ mit Frühbeginn in der 1. Klasse der Primarstufe in den Schulen der Grenzregion ein?

Nach einer qualifizierten Erhebung unter den Eltern kann Polnischunterricht in der Grenzregion an Schwerpunktschulen nach Bedarf eingerichtet werden. Die Arbeitsgemeinschaften wecken generell Neugier auf Polen und Polnisch. Deshalb sollte es sie an jeder Grundschule und in jeder Orientierungsstufe der Grenzregion geben. Interessant ist auch eine möglichst frühe eigene Anschauung vom Nachbarland, etwa durch bezuschusste Ausflüge in die polnische Grenzregion.

2. In Paragraf 200 der Koalitionsvereinbarung 2011-2016 der SPD und CDU steht, es „[...] werden Förderinstrumente der Europäischen Union verstärkt genutzt, um Kooperationsprojekte in

Freie Demokratische Partei LV Mecklenburg-Vorpommern
Landesgeschäftsstelle Goethestr. 87 19053 Schwerin
Tel.: 0385/562954 Fax: 0385/5574665
Email: m-v@fdp.de; homepage: www.fdp-mv.de
Deutsche-Bank Schwerin, BLZ 130 700 00

Konto-Nr. 31 77 128 00 oder 28, IBAN DE10 130 700 000 3177128 00, BIC DEUT DE BRXXX

der vorschulischen, schulischen und beruflichen Bildung durchzuführen.“ Der DPG sind solche durch das Land MV initiierte und begleitete Förderprojekte nicht bekannt. Welche Gewichtung würden Sie dem Thema in den Koalitionsverhandlungen für die nächste Legislaturperiode geben und was würden Sie unternehmen, dies umzusetzen?

Defizite gibt es nicht nur Richtung Polen. Im gesamten Bundesland liegt etwa die Pflege von Städtepartnerschaften weitgehend brach, obwohl Gelder hierfür zur Verfügung stehen. Hier gilt es einen Ansporn zu geben, indem etwa die Fördertöpfe für grenzüberschreitende Kooperationen insgesamt bekannter gemacht werden und gelungene Formen von Zusammenarbeit öffentlich honoriert werden.

3. Wie stehen Sie zu den EU-Bildungszielen „Muttersprache +2“ und „Förderung des Nachbarsprachenfrühbeginns in den europäischen Grenzregionen“, denen sich auch MV auf Ebene der KMK verpflichtet hat?

Ohne Einschränkung positiv. Einem osteuropäischen Sprichwort zufolge ist der Mensch so viele Male Mensch, wie er Sprachen beherrscht. Der Erwerb von Fremdsprachen befördert anerkanntermaßen ein offeneres Miteinander zu fremden Kulturen wie auch zur eigenen Kultur und ist insoweit unabdingbar für eine verantwortungsvolle Persönlichkeitsentwicklung und -entfaltung.

4. Wie stehen Sie dazu, die Sprachlernreihenfolge grundsätzlich umzukehren (Vorverlagerung der Nachbarsprache Polnisch in den frühen und aufeinander aufbauenden Nachbarspracherwerb in den Kitas und Grundschulen der Grenzregion zu Polen), um Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, mit sehr guten Polnischkenntnissen die persönlichen und beruflichen Chancen der Grenzregion optimal zu nutzen?

Die Umkehrung der Sprachlernreihenfolge in der Grenzregion ist grundsätzlich ein begrüßenswerter Ansatz, wenn die Eltern dabei ein Wahlrecht haben, ob sie bei der Umkehrung mitgehen wollen oder sich doch lieber für eine konventionelle erste Fremdsprache entscheiden.

5. Wie stehen Sie grundsätzlich dazu, eine bildungspolitische Definition der „Grenzregion“ vorzunehmen, um mit Sonderregelungen den frühen und durchgängigen Nachbarspracherwerb bis in die Berufliche Ausbildung zu fördern?

Ohne Einschränkung positiv.

6. An der Grundschule Löcknitz wurde eine zweisprachige Alphabetisierung aller Schüler/-innen begonnen. Jetzt kommt es darauf an, dieses Angebot in der Regionalen Schule und im Gymnasium

weiterzuführen. Wie stehen Sie dazu, insbesondere zur Notwendigkeit des Erhalts und zur Fortführung des Angebots die erhöhten Personalstunden abzusichern?

Ohne Einschränkung positiv.

7. An der Regionalen Schule Löcknitz gibt es erste Versuche von Polnisch als Herkunftssprache für polnische Muttersprachler/-innen. Möchten Sie dies als ordentliches Schulfach in der Grenzregion verankern?

Ja, wenn die Auswertung der genannten Unterrichtsversuche ergibt, dass ein solcher Unterricht notwendig ist, wobei es vor allem um die Beherrschung der Herkunftsschriftsprache gehen dürfte. (In der Regel pflegen Polen, die in Deutschland ansässig werden, weiterhin ihre Sprache und geben sie gern an die Nachfolgegeneration weiter.)

8. Wie kann das Land MV langfristig dafür sorgen, dass das Interesse für die Sprache und Kultur Polens bei Schüler/-innen und Eltern geweckt wird?

Unter anderem durch die von Ihnen oben aufgezeigten Ansätze in der schulischen Ausbildung. Das Erlernen der Sprache sollte aber auch in der Erwachsenenbildung verstärkt fokussiert werden. Bildungsreisen etc. von etwa Mitarbeitern in der kommunal- und Landesverwaltung wären eine Möglichkeit. Überdies gibt es sicherlich hinreichend Kontaktzonen auf wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene. Dies kann und sollte Politik unterstützen.

9. Polen kommt als Thema kaum in Schulen in MV vor. Weder in Geschichte, Sozialkunde oder Deutsch arbeiten die regulären Unterrichtsmaterialien mit polnischen Beispielen. Wie kann das Land dabei unterstützen, dass unser östliches Nachbarland stärker ins schulische Bewusstsein rückt?

Deutsche und Polen verbindet (und trennt) eine lange gemeinsame Geschichte. Insbesondere der Sachkunde-, später der Geschichts- und Geographieunterricht kann Module zu Berührungspunkten zwischen beiden Ländern umfassen. Auf informeller Ebene können Möglichkeiten zur wechselseitigen Begegnung forciert werden, etwa durch die schon angesprochenen bezuschussten Ausflüge.

10. Wie stehen sie zu der Idee der Benennung einer oder eines Beauftragten für die deutsch-polnische Bildungszusammenarbeit in MV bei der Landesregierung als Ansprechperson für Bildungsträger, Vereine und öffentliche Institutionen?

Es müsste gerechterweise einen Beauftragten für die Bildungszusammenarbeit mit allen Nachbarländern Mecklenburg-Vorpommern geben. Sicher besteht zwischen Deutschland und Polen nicht zuletzt geschichtlich bedingt ein besonderes Verhältnis, im zusammenwachsenden Europa geht der Blick aber mehr und mehr zu Großräumen wie dem südlichen Baltikum.

11. Wie bewerten Sie die Einführung einer Fachberaterin Polnisch für Lehrkräfte auf Landesebene beim Schulamt Greifswald. Sehen Sie Nachbesserungsbedarf?

Dies ist eine gute Initiative. Es muss kontinuierlich darauf geachtet werden, dass das Bildungsministerium in MV und die polnische Seite effektiv zusammenarbeiten.

12. Keine der Kitas in Grenznähe zu Polen bietet bilingualen Spracherwerb Polnisch an, obwohl sich dies anbieten würde. Untersuchungen der Universität Greifswald zeigen, dass dies v.a. auf die Personalsituation zurückzuführen ist (kaum muttersprachliche Erzieher aus Polen, schlechter Personalschlüssel). Welche Maßnahmen planen Sie zur Förderung bilingualer Kitas in MV?

Die Kitas in MV müssen in vielerlei Hinsicht deutlich besser ausgestattet werden. Dazu zählt in erster Linie die deutliche Aufstockung mit Personal. Im Zusammenhang mit den anstehenden grundlegenden Verbesserungen kann auch die Förderung bilingualer Kitas in Angriff genommen werden, da frühzeitiger Fremdspracherwerb ohne Zweifel eine Schlüsselqualifikation nicht nur im vereinigten Europa darstellt. Sie muss auch zu einem frühen Zeitpunkt in Angriff genommen werden, da sich Konzepte, an denen immer wieder nachgebessert werden muss, in der Regel nicht bewähren.

13. Setzen Sie sich dafür ein, berufsspezifisches Polnisch an den Beruflichen Schulen in der Grenzregion und Kooperationsprojekte mit polnischen Berufsschulen zur Kompetenzerweiterung in bestimmten Berufszweigen zu fördern?

Gerne nehmen wir hierzu Ihre konkreten Vorschläge in unsere politische Agenda auf.

14. Wie bewerten Sie die Zahl der Polnischlehrkräfte im Land? Bildet MV genug Polnischlehrkräfte aus? Sehen Sie Handlungsbedarf bei der Lehramtsausbildung – bspw. hinsichtlich der Einführung von Polnisch an der Grundschule?

Wir stehen zur Freiheit in Forschung und Lehre an den Universitäten im Land. Mithin liegt es im Ermessen der Hochschulen einen Bedarf zu ermitteln bzw. entsprechende Angebote vorzuhalten. Wir werden den Universitäten mithin nichts vorschreiben, uns aber für eine auskömmliche Finanzierung einsetzen.

15. Wie stehen Sie zu der Forderung, regelmäßig Lehrerfortbildungen für alle Polnischlehrkräfte im Land anzubieten?

Uneingeschränkt positiv.

16. Wie bewerten Sie die Anzahl von Lehrer/-innen, die aktuell am deutsch-polnischen Lehrer/-innenaustausch teilnehmen?

Hierzu liegen uns leider keine qualifizierten Daten vor. Aber gerne lassen wir uns von Ihnen entsprechend informieren.

17. Halten Sie das Angebot von Polnischunterricht an Hochschulen in MV (nicht innerhalb des Lehramts) für ausreichend?

Siehe Frage 14.

18. Sehen Sie Möglichkeiten, die Kompetenzen bei den Menschen bzgl. Sprache und Kultur über das Nachbarland in der Erwachsenenbildung zu erhöhen?

Es gibt vielfältige Möglichkeiten, sich über Polen zu informieren. Das wesentliche Problem ist, dass die Angebote nicht nachgefragt werden. Deshalb gilt es, die vorhandenen Angebote bekannter zu machen.

19. In den vergangenen Jahren wurden im INTERREG V A Programm, Prioritätsachse Bildung, vornehmlich investive Maßnahmen an Einzeleinrichtungen realisiert, wie stehen Sie zu der Forderung den Schwerpunkt v.a. auf inhaltliche Projekte mit dem Schwerpunkt Förderung des Nachbarspracherwerbs zu verschieben?

Uneingeschränkt positiv.

Verkehr

20. Wie stehen Sie zu der Forderung des Wiederaufbaus der Karniner Brücke?

Uneingeschränkt positiv.

21. Bei einer Zugfahrt von Stralsund, Greifswald, Anklam nach Stettin und umgekehrt, beträgt die Umstiegszeit in Pasewalk in der Regel 30 Minuten. Was planen Sie zu unternehmen, um in Pasewalk die Umstiegszeiten zu verkürzen und damit die Fahrzeiten aus vielen Orten Vorpommerns nach Stettin deutlich zu reduzieren?

Es kann nicht nur darum gehen, Pasewalk als Umstiegsbahnhof attraktiver zu machen. Vorpommern muss insgesamt besser in die Verkehrsplanung der Deutschen Bahn eingebunden werden. Dies gilt es, soweit auf Landesebene möglich, zu forcieren.

22. Immer zahlreichere tägliche Pendler wohnen in Löcknitz und Umgebung und arbeiten in Stettin, ebenso pendeln zahlreiche Menschen aus Stettin nach Löcknitz oder Pasewalk zur Arbeit. Möchten Sie sich für attraktive Angebote für Pendler einsetzen, um sie vom Auto auf Zug und Bus zu bewegen?

Ja, insofern dies nicht zu einer Benachteiligung bzw. Verdrängung von Autofahrern führt.

23. Die Stadt Penkun liegt unweit des brandenburgischen Bahnhofs Tantow, der Anschluss nach Stettin und Berlin bietet. Gleichzeitig liegt wenige Kilometer weiter die polnische Stadt Gryfino mit ihren Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten (Schwimmbad, etc.). Eine grenzüberschreitende, durchgehende Buslinie mit Brandenburg und Polen würde die Region erheblich aufwerten. Wie stehen Sie dazu?

Uneingeschränkt positiv.

Wirtschaft und Arbeit

24. Es gibt viele Beispiele erfolgreicher beruflicher Mobilität zwischen Westpommern und MV. Um die grenzüberschreitende Mobilität weiter zu fördern, wäre eine Möglichkeit diese Beispiele sichtbar zu machen. Wie stehen Sie dazu und werden Sie sich dafür einsetzen, dies umzusetzen?

Es ist sinnvoll, derartige Erfolgsgeschichten im Zusammenspiel mit Wirtschafts-, Unternehmer- und Berufsbildungsverbänden öffentlich anzuerkennen.

25. Das Land hat in den letzten Jahren ausführlich die Bildung einer grenzüberschreitenden Metropolregion Stettin geplant. Wie stehen Sie dazu und welche Maßnahmen zu Ihrer Umsetzung planen Sie?

Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere das strukturärmere Vorpommern wird weiter vom anhaltenden Boom des Standorts Stettin profitieren. Deshalb ist am Plan einer grenzüberschreitenden Metropolregion dringend festzuhalten. Vorrangig sind dabei die Verquickung von Infrastruktur, insbesondere Straßen und (digitale) Kommunikationswege, sowie der Abbau bürokratischer Hemmnisse bei der Umsetzung der durch die EU garantierten Freizügigkeit. Die

deutsche wie die polnische Seite müssen beiderseits daran arbeiten, dass beispielsweise noch Schwierigkeiten bei der wechselseitigen Anerkennung von Abschlüssen entfallen.

26. Halten Sie die Rahmenbedingungen in MV für grenzüberschreitende wirtschaftliche Aktivitäten, insb. im Bereich Dienstleistungen und Handwerk – gerade auch in der Grenzregion – für ausreichend?

Nein, da es sehr viele bürokratische Hemmnisse gibt, es werden beispielsweise nicht alle Abschlüsse gleichermaßen anerkannt.

27. Wie möchten Sie eine grenzüberschreitende touristische Vermarktung gerade in den Regionen Usedom und Stettiner Haff fördern?

Dies ist zunächst einmal Sache der beiden Regionen. Es kann aber Zuschüsse seitens des Landes geben.

28. Die Wahrnehmung touristischer Angebote für Polinnen und Polen gestaltet sich in Vorpommern oft schwierig, aufgrund mangelnder Ausschilderung in Polnisch in Museen, auf Wegweisern oder in Speisekarten. Planen Sie eine Verbesserung der Situation anzuregen?

Auf jeden Fall, wobei die Beschilderung gleich in mehreren Sprachen, vor allem Englisch, verbessert werden muss.

29. In MV haben wir eine vielfältige Hochschullandschaft. Um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auszubauen und wirtschaftliche Chancen zu nutzen, wären mehr polnische Fachkräfte wünschenswert. Was planen Sie, um mehr polnische Studierende zu gewinnen?

Es gibt bereits enge Verflechtungen zwischen mehreren Hochschulen, so haben Greifswald und Neubrandenburg nicht zuletzt ob ihrer relativen Grenznähe längst ihre Fühler Richtung Polen ausgestreckt und leisten hier hervorragende Arbeit. Aufgabe der Politik ist es, diesen Kooperationen nicht durch unnötige Einschränkungen im Wege zu stehen. Derzeit ist es beispielsweise einfacher, Doppelstudiengänge oder einen gemeinsamen Studiengang mit Partnern außerhalb der EU einzurichten als innerhalb der Union, weil die Vorgaben außerhalb der EU viel einfacher zu erfüllen sind, wie sich etwa bei den zahlreichen Kooperationen der Fachhochschule Neubrandenburg nachvollziehen lässt.

Daseinsfürsorge

Freie Demokratische Partei LV Mecklenburg-Vorpommern
Landesgeschäftsstelle Goethestr. 87 19053 Schwerin
Tel.: 0385/562954 Fax: 0385/5574665
Email: m-v@fdp.de; homepage: www.fdp-mv.de
Deutsche-Bank Schwerin, BLZ 130 700 00

Konto-Nr. 31 77 128 00 oder 28, IBAN DE10 130 700 000 3177128 00, BIC DEUT DE BRXXX

30. Kommunen in der unmittelbaren Grenzregion stehen vor besonderen Herausforderungen, was die grenzüberschreitende Zusammenarbeit etwa in Bereichen wie Nahverkehr, Versorgung, Gesundheit betrifft, hierfür müssen neue Rechtsformen und Finanzierungsmodelle gefunden und erprobt werden. Sind Sie bereit die Kommunen bei der Suche nach solchen neuen Lösungen für besondere Vorhaben proaktiv zu unterstützen?

Die bisherigen Landesregierungen haben es versäumt eine echte Der kommunalen und Landesaufgaben vorzunehmen. Unsere Auffassung ist, dass erst nach einer gründlichen Aufgabenkritik über eine Regulierung des kommunalen Finanzausgleichs diskutiert werden kann.

31. Welche Möglichkeit sehen Sie, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Themen wie Umwelt-, Küsten- und Katastrophenschutz weiter zu intensivieren?

Diese Kooperationen müssen fortlaufend auf bestehende formale und bürokratische Hemmnisse hin überprüft, entsprechende Missstände so schnell wie möglich abgebaut werden.

32. In der Verwaltung bestehen kaum polnische Sprachkenntnisse oder Wissen über das Nachbarland. Welche Möglichkeiten sehen Sie dies abzubauen?

Amtssprache in Mecklenburg-Vorpommern ist zunächst einmal Deutsch. Im Sinne einer zunehmenden internationalen Verflechtung und einer serviceorientierten sollten Verwaltungsmitarbeiter aber immer wieder motiviert werden, Kenntnisse in Englisch, skandinavischen Sprachen, Polnisch oder Arabisch zu erwerben; es sollten auch systematisch entsprechende Fortbildungsangebote vorgehalten werden.

33. Zur Erhöhung der Sicherheit in der Grenzregion wäre eine engere Zusammenarbeit mit der Polizei in Westpommern wünschenswert. Welche Maßnahmen planen Sie?

Die Polizei in MV muss insgesamt personell aufgestockt werden, die Infrastruktur deutlich modernisiert werden. Es kann nicht sein, dass die Polizei noch mit der Technologie von vorgestern arbeitet. In der Grenzregion lässt sich hier möglicherweise vom Know-how der Polen profitieren. Ohnehin wäre ein fortlaufender Austausch zwischen den Polizisten in der Grenzregion wünschenswert. Gegebenenfalls können auf verschiedenen Ebenen auch Arbeits- und Dienststeinheiten gebildet werden um gemeinsame Probleme effektiver zu lösen.

34. Bei der Bundespolizei gibt es seit Beginn des Jahres eine gemeinsame Dienststeinheit mit dem polnischen Grenzschutz in Pomellen. Planen Sie Ähnliches für die Landespolizei?

Siehe Frage 33

35. In den letzten Monaten kam es vereinzelt zur Einstellung von polnischen Staatsbürgern in den Polizeidienst. Planen Sie dies auszubauen oder zu verstetigen?

Die Arbeit der Polizei muss wieder eine deutlich stärkere öffentliche Würdigung erfahren, was sich auch in einer Aufstockung des Personals niederschlägt. Die Einstellung polnischer Staatsbürger kann zweckdienlich sein, wenn es etwa um den Einsatz von Polizeikräften in den Grenzregionen geht, sie kann aber nicht zur Regel werden.

36. Wie wollen Sie die Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit und Pflege verbessern?

Die Anerkennung von Berufsabschlüssen sowie der gegenseitige Spracherwerb sind wesentliche Prämissen für eine Zusammenarbeit in diesem Bereich. Überdies gilt es bürokratische Hemmnisse hinsichtlich der Sozialversicherung beider Staaten abzubauen.

37. Was planen Sie, um die grenzüberschreitende Arbeit von Rettungsdiensten zu ermöglichen?

Hier ist eine Abstimmung zwischen den Leistungsanbietern und Kostenträgern zwingend erforderlich. Dies kann und sollte auf politischer Ebene moderiert werden.

38. Versicherte der AOK Nordost können mit ihrer Versichertenkarte in Stettin zum Arzt gehen und bekommen u.a. bspw. deutsche Krankenbescheinigungen. Planen Sie einen Ausbau solcher Kooperationen anzuregen?

Siehe Frage 37

Zivilgesellschaft und Kultur

39. Zivilgesellschaftliche Akteur/-innen können im Rahmen der Kleinprojektförderung der Euroregion Pomerania deutsch-polnische Projekte beantragen, müssen diese aber komplett vorfinanzieren und nach der Abrechnung oft noch bis zu einem Jahr warten, bis sie ihre Ausgaben ersetzt bekommen. Hierfür haben insb. kleine Vereine häufig keine Möglichkeit. Damit wird gerade die Entwicklung einer deutsch-polnischen Zivilgesellschaft erschwert, denn kleine Vereine entschließen sich dann meist nicht zu einem Antrag bei der Euroregion. Werden Sie dieses Problem beheben, indem bspw. eine Landesstiftung gegründet wird, die als Mittlerin fungiert?

Die Gründung einer Landesstiftung ist nicht der richtige Weg, weil hier wertvolle ehrenamtliche Arbeit für politische Zwecke missbraucht werden kann. Siehe Ehrenamtsstiftung.

Freie Demokratische Partei LV Mecklenburg-Vorpommern
Landesgeschäftsstelle Goethestr. 87 19053 Schwerin
Tel.: 0385/562954 Fax: 0385/5574665
Email: m-v@fdp.de; homepage: www.fdp-mv.de
Deutsche-Bank Schwerin, BLZ 130 700 00

Konto-Nr. 31 77 128 00 oder 28, IBAN DE10 130 700 000 3177128 00, BIC DEUT DE BRXXX

40. Wie stehen Sie in diesem Kontext dazu, bei der Euroregion Pomerania eine Mikroprojektförderung für sehr kleine Projekte, bspw. bis 500 oder 1.000 Euro mit einem vereinfachten Verfahren einzurichten?

Uneingeschränkt positiv.

41. Bisher können Bürger/-innen verschiedener EU-Mitgliedstaaten keinen gemeinsamen Verein gründen, da rechtliche Grundlagen fehlen, um grenzüberschreitend Mitgliedsbeiträge oder Spenden erhalten zu können. MV könnte hier als lebendige Grenzregion für die Schaffung dieser Grundlagen auf EU-Ebene werben, um es Deutschen und Polen zu ermöglichen, sich gemeinsam zu engagieren und im EU-Gebiet handlungsfähig zu sein. Setzen Sie sich für ein gesamteuropäisches Statut zur Etablierung Europäischer Vereine ein?

Ja.

42. Welche Austauschprogramme und Projekte für Kinder und Jugendliche wollen Sie von Landesebene aus in den kommenden Jahren (weiter) fördern oder initiieren?

Die bestehenden Programme sollen nach Möglichkeit erhalten bleiben. Was neue Möglichkeiten zum Austausch angeht, müssen wir im Auge behalten, dass das vereinigte Europa immer mehr Raum greift, gerade bei der jungen Generation. Es sollten Programme angestoßen werden, in denen die jungen Leute wechselseitig aus der Geschichte lernen, in denen sie sich aber auch wechselseitig motivieren, was die Gestaltung insbesondere ihrer beruflichen Zukunft angeht, so sollte es selbstverständlich werden, dass junge Deutsche zum Praktikum nach Polen gehen oder in einem virtuellen Klassenraum gemeinsam mit Polen lernen.

43. Wie wollen Sie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Kunst und Kultur fördern?

Die Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Kunst und Kultur ist erkannt. Nun geht es darum, die noch vergleichsweise wenigen Kooperationen, etwa die zwischen dem Theater Vorpommern und der Oper Stettin, zu intensivieren und vor allem zu multiplizieren, damit der Austausch in der Fläche vorangebracht wird. Denn nur so entwickelt sich ein tief verankertes und selbstverständliches Wissen vom Nachbarn. Es muss dabei weniger darum gehen, „Leuchttürme“ zu pflegen, auch wenn solche Projekte Vorbildcharakter haben. Vielmehr haben viele Kulturschaffende in Polen wie Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam, dass sie weitgehend ohne staatliche Förderung auskommen. Diesen „entrepreneur spirit“ gilt es zu befördern, damit Kunst und Kultur originell bleiben.

44. Welche Maßnahmen planen Sie, um die zahlreichen polnischen Zuwander/-innen in der Grenzregion besser in das gesellschaftliche Leben in den Kommunen zu integrieren, bspw. in der Feuerwehr oder in Vereinen?

Dies ist grundsätzlich Sache der Kommunen und Landkreise. Das Land kann allerdings einen generellen Leitfaden entwickeln, worin Best-Practice-Beispiele vorgestellt und erfahrungsbasierte Anregungen gegeben werden, wie Integration nicht nur der Polen gut machbar ist und diesen Leitfaden auf vielen Informationskanälen öffentlich machen.

45. Auch heute noch sind häufig Vorurteile und Stereotype über unser östliches Nachbarland und seine Bewohner/-innen wahrnehmbar. Was möchten Sie unternehmen um diese abzubauen?

Vorurteile und Stereotype haben keinen Raum, wo das Alltagsleben der Menschen funktioniert. Aufgabe der Politik ist mit Blick auf diese Frage, das ihr Mögliche zu tun, um Hemmnissen entgegenzuwirken, die ein solch reibungsloses Alltagsleben erschweren, daraus schlussfolgernd ist es mit Blick auf Polen insbesondere sinnvoll, die Möglichkeiten zum Erwerb der polnischen Sprache wie vorangehend beschrieben zu forcieren, polnische Abschlüsse anzuerkennen und Unterrichtsmodule zu entwickeln, in denen Polen und das deutsch-polnische Verhältnis vorkommen sowie auf den verschiedensten Ebenen Begegnungen mit dem Nachbarland zu ermöglichen. Bei allen Initiativen ist auch die polnische Seite aufgefordert, eine Wahrnehmung von Deutschland zu befördern, die möglichst frei von Vorurteilen und Stereotypen ist.

Wir würden uns freuen, wenn wir diese und weitere Fragen in einem persönlichen Gespräch diskutieren können. Gerne werden wir dann Ihre Anregungen in unserer politischen Arbeit berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Cécile Bonnet-Weidhofer
Spitzenkandidatin



René Domke
Landesvorsitzender